

Einigung zu Haushalt & Wachstumspaket

Unter 2 (aus BMWK-Kreisen)

Wir haben uns in der Regierung nach intensiven und harten Verhandlungen auf einen Haushalt für das Jahr 2025 und eine Wachstumsinitiative verständigt. Die Verhandlungen fanden in einer geopolitisch sehr ernsten Lage statt. In Frankreich haben die Rechtspopulisten den ersten Durchgang Parlamentswahl gewonnen. In den USA steht eine Wahl bevor, die die Parameter grundlegend verändern und Donald Trump zurück an die Macht bringen kann. Es war für uns klar, dass Deutschland jetzt Stabilitätsanker sein muss. Es kommt auf Deutschland an. Es muss führungs- und handlungsfähig sein und darf sich nicht in inneren Regierungskonflikten verstricken oder gar eine Neuwahl riskieren.

Im Angesicht dieser Realität haben wir während der letzten Wochen hart verhandelt, um ein kraftvolles Paket zur Entfesselung der Wirtschaft zu schnüren, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Es ging genauso darum, einen Haushalt aufzustellen – bei immensen Aufgaben und gemessen daran mit knappen Mitteln und im Rahmen von strikten Schuldenregeln. Alle Parteien waren gefordert, bis an ihre Schmerzgrenzen zu gehen.

So ist eine Einigung gelungen. Wir haben einen Haushalt aufgestellt, der im Rahmen der geltenden Regeln solide ist. Wir schreiben den Erfolgskurs beim Ausbau der Erneuerbaren Energien fort, folgen weiter dem Klimapfad, wir wahren die sozialen Errungenschaften, tun mehr für Familien. Gerade Kinder aus ärmeren Familien bekommen endlich, was ihnen zusteht, und das einfacher und unkomplizierter. Wir sorgen dafür, dass Deutschland in einem von Russland bedrohten Europa seine Verteidigungsfähigkeit ausbaut.

Und wir setzen für unsere Wirtschaft mit unserer Wachstumsinitiative einen neuen, starken und weitreichenden Impuls. Und zwar so, dass wir das Wachstum ankurbeln, ohne die ökologische Transformation zu schwächen oder soziale Ungleichheit zu vergrößern. Nach **ersten** Berechnungen der wichtigsten Maßnahmen **könnte** das Paket das Wirtschaftswachstum 2025 um gut 0,5 Prozentpunkte steigern, das entspricht fast 26 Mrd. an zusätzlicher Wirtschaftsleistung. Auch in den Folgejahren wächst das BIP zusätzlich – denn das Paket verbessert nachhaltig die Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Deutschland.

Mit Haushalt und Wachstumspaket setzen wir viel um, was jetzt notwendig ist. Aber wir wissen: Sicherheit, Infrastruktur, Kita, Bildung, Forschung, der Übergang unserer Industrie zur Klimaneutralität, die Unabhängigkeit bei Rohstoffen und technischen Produkten von China – die Aufgaben sind enorm, der Investitionsbedarf riesig. Nicht umsonst hat der

Bundesverband der Deutschen Industrie erst kürzlich große Sondervermögen vorgeschlagen. Die rigide Form der Schuldenregel nimmt uns hier Spielräume, die wir gut gebrauchen könnten, um die Aufgaben zu bewältigen. Dennoch mussten wir sie für diese Legislaturperiode akzeptieren und das Beste daraus machen.

Dabei haben wir auch eine Reihe von sehr weitgehenden Forderungen abgewehrt: Das Ende der Förderung für die Erneuerbaren Energien. Völlig unverhältnismäßige Sanktionen und eine Schlechterbehandlung der Ukrainerinnen und Ukrainer im Bürgergeld. Eine komplette Aussetzung des Lieferkettengesetzes und eine Verschiebung der neuen europäischen Regeln auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Die Abschaffung des Soli. Die Abschaffung der Rente mit 63. Das Erlauben von Fracking in Deutschland. All das kommt nicht, und auch das ist eine Botschaft dieser Einigung.

1. Ein Haushalt – für die Stabilität und Zukunftskraft unseres Landes

Es ist kein Haushalt der großen Sprünge, aber es ist ein Haushalt, der solide ist und einiges möglich macht, was nötig ist. Dabei bleibt er, was die fiskalischen Ausgangsbedingungen betrifft, in dem Rahmen, der in der Koalition vereinbart war.

Deutschland braucht gerade in diesen Zeiten über alle Gräben hinweg einen Geist des konstruktiven Gelingens, wenn wir den Vertrauensverlust in die Politik überwinden wollen. Für manche mag das Bemühen um politischen Zusammenhalt überholt sein – für uns ist es ein Wesensmerkmal von Regierungsverantwortung.

Ein solches Stabilitätssignal war uns in den Verhandlungen sehr wichtig – auch im Sinne einer Priorisierung dessen, worauf es aus unserer Sicht für Deutschland jetzt ankommt:

1. Wir haben einen harten Sparhaushalt verhindert, der die wirtschaftliche Erholung unseres Landes gefährdet hätte.
2. Wir werden Kinder besser und unkomplizierter unterstützen, also gerade diejenigen, die ihr Leben noch vor sich haben und auf denen gleichermaßen unsere Zukunft liegt
3. Wir setzen unsere Anstrengungen für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas im Angesicht der Bedrohungen und geostrategischen Herausforderungen fort.
4. Es war unser Kernanliegen, den Klima- und Transformationsfonds KTF trotz des massiven finanziellen Drucks nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu verteidigen. Das ist uns gelungen. Damit haben wir die Unterstützung gesichert, die Unternehmen und Privathaushalte auf dem Weg zur Klimaneutralität brauchen.
5. Wir können Kurs halten auf dem Weg zu einer klimaneutralen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung und konnten wichtige Mittel für Umwelt und Biodiversität ebenso wie für die Landwirtschaft sichern.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts** zum Nachtragshaushalt 2021 aus dem letzten Jahr hat den Klima- und Transformationsfonds hart getroffen. Ihm wurden auf einen Schlag 60 Milliarden Euro entzogen. Schon in der Einigung auf einen Bundeshaushalt 2024 haben wir erreicht, dass die bestehenden Förderprogramme erhalten werden. Mit dem Nachtragshaushalt 2024 finanzieren wir Mehrbedarfe, die im Laufe des Jahres unvorhergesehen entstanden sind durch einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von mehr als 10 Milliarden Euro [10,37 Mrd.].
- Der **Klima- und Transformationsfonds ist nun auch für 2025 stabil aufgestellt**. Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität werden weiter gefördert – Haushalte wie Unternehmen können sich darauf verlassen. Um dies nachhaltig abzusichern, werden die EEG-Kosten aus dem KTF in den allgemeinen Haushalt übertragen. So entlasten wir den KTF von der erheblichen Unsicherheit rund um die stark strompreisgetriebene Förderung der Erneuerbaren Energien.
- **EEG-Umlage bleibt abgeschafft**. In den Jahren bis 2021 mussten Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen jährlich über 20 Milliarden für die Förderung erneuerbarer Energien zahlen. Die Abschaffung der EEG-Umlage im Jahr 2022 war eine der größten Entlastungsmaßnahmen für Privathaushalte und Unternehmen in den letzten Jahren. Durch sie wurde der Strompreis um ca. 6,5 Cent/kWh gesenkt. In Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine kompensierte dies nur ein Teil des Strompreisanstiegs. Nun mit wieder sinkenden Strompreisen kommt die Entlastung auch im Geldbeutel an. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalt 2021 war die Abschaffung der EEG-Umlage ernsthaft gefährdet. Mit dem Bundeshaushalt 2025 ist es uns gelungen, diese Entlastung für die Bürger zu erhalten. Bei wieder gesunkenen Strompreisen bedeutet das, dass sich der Wechsel von fossilen Energien auf erneuerbaren Strom wieder deutlich mehr lohnt. Wärmepumpe und Elektroautos lohnen sich damit mehr gegenüber ihren fossilen Alternativen.
- Auch das **Strompreispaket** der Bundesregierung aus dem letzten Jahr, das vor allem das produzierende Gewerbe deutlich bei den Strompreisen entlastet hat, bleibt nicht nur erhalten, sondern wird nun auch nach dem Jahr 2025 weiter fortgeführt. Das ist eine große Hilfe für Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die im internationalen Wettbewerb stehen. Es ist ein Baustein, der es uns ermöglicht, die Grundstoffindustrie in Deutschland erstens zu halten und zweitens zu dekarbonisieren.
- Auch der **Klima- und Transformationsfonds**, der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bei der Dekarbonisierung unterstützt, bleiben in seiner Substanz erhalten. Wir werden aber durchaus auch schmerzhaftes Kürzungen hinnehmen müssen. Kürzen werden wir aber vor allem bei den Programmen, bei denen die Mittel

in der Vergangenheit nicht vollständig abgerufen wurden. Für das Jahr 2025 sind wir daher optimistisch, dass die Programme fortgeführt werden können. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die langfristige Finanzierung dieser Förderprogramme und des Fonds insgesamt nicht geklärt werden konnte. Hierfür werden wir eine Lösung nach der kommenden Bundestagswahl finden müssen.

- Der Bundeshaushalt 2025 verhindert, dass die **öffentlichen Ausgaben** soweit zurückgefahren werden, dass die sich abzeichnende konjunkturelle Erholung dadurch gefährdet wird. Mit Augenmaß wird umgeschichtet und priorisiert. Außerdem ist es mit einer Reihe von Maßnahmen (z.B. periodengerechte Verbuchung, realistischer Ansatz der Zahlungen an die EU) gelungen, zusätzlichen Spielraum in zweistelliger Milliardenhöhe zu schaffen um so die Lücke zu schließen.
- Wir tun mehr für **Familien und Kinder** . Trotz enger Haushaltsvorgaben und hoher Sparauflagen haben wir es geschafft, dass Kinder, Jugendliche und Familien in Deutschland auch in 2025 konkrete Leistungsverbesserungen erhalten. Die erste Prämisse für unsere Verhandlungen war, dass wir die Kinder besserstellen und zwar sofort. Besonders die von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen sollten eine höhere Zuwendung erhalten. Zudem ging es darum, die Erwerbsarbeit junger Familien zu erleichtern. Im Einzelnen sehen die Verbesserungen wir folgt aus:
 - Wir haben eine Erhöhung des Kindersofortzuschlags um 5 Euro durchgesetzt, für die von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen
 - Im Haushalt 25 sind zusätzliche 1,1 Mrd. € für den Kinderzuschlag verankert. Ganz konkret heißt das, dass bereits 190.000 Familien mit kleinen Einkommen mehr zusätzliche finanzielle Unterstützung für ihre Kinder bekommen.
 - Familien mit Kindern werden weiterhin unterstützt durch einen um 60 € höheren Kinderfreibetrag in 2025 bzw. durch ein höheres Kindergeld ab 1.1.25
 - Mit dem Kitaqualitätsgesetz und einem Finanzierungsvolumen von 2 Mrd. trägt die Bundesregierung maßgeblich dazu bei, die Familien mit Kindern in ihrem Alltagsleben zu unterstützen.
 - Eine ausreichende Versorgung mit Kitaplätzen und eine gute Kitabetreuung schafft die Voraussetzung dafür, dass die Eltern ihrer Erwerbsarbeit nachgehen können. Gerade hier kann Deutschland noch große Potentiale heben und somit auch das Fachkräfteangebot verbessern. Insofern stellt das Kitaqualitätsgesetz eine wichtige Ergänzung für die gesamte Wachstumsinitiative dar.
- **Außenpolitik:** Als Antwort auf die turbulente Weltlage bräuchte es einen umfassenden Sicherheitshaushalts – um integriert handeln zu können, wenn unsere Sicherheit wie

jetzt so maximal herausgefordert ist. Hierzu fehlten uns aber im Rahmen der geltenden Regeln die notwendigen Spielräume. Angesichts dieser Lage musste auch das Auswärtige Amt harte Einschnitte umsetzen. Mit der jetzt erzielten Haushaltseinigung kann aber die außenpolitische Handlungsfähigkeit abgesichert und Kontinuität gewährleistet werden. Wenn wir die aktuellen Krisen der Welt zusammenzählen, dann bräuchte es bei der Humanitären Hilfe natürlich deutlich mehr. Zugleich ist Teil der Einigung, dass bei unvorhergesehenen humanitären Krisen zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden. Auch wenn ein höherer Ansatz im Haushalt mehr Verlässlichkeit geben würde, ermöglicht uns diese vereinbarte Flexibilität, auch im nächsten Jahr bei akuten Krisen sofort handeln zu können.

- Um unsere **Verteidigungsfähigkeit und außenpolitische** Souveränität zu erhalten und zu steigern, erhält der Verteidigungshaushalt zusätzliche Mittel. Außerdem ziehen wir die Nutzung von Mitteln aus dem Sondervermögen Bundeswehr zeitlich nach vorne, um schon jetzt größere Beschaffungen vorzunehmen.
- Wir konnten weitgehend verhindern, dass beim **Umweltschutz** gekürzt wird. Der Haushalt des BMUV wird gegenüber dem Vorjahr einen leichten Aufwuchs erfahren. Dies war möglich, indem wir dem Ministerium Teile der Einnahmen aus der Versteigerung von Offshore-Windenergie-Flächen zur Verfügung gestellt haben. So konnten die Ausgaben für Meeresschutz noch einmal erhöht werden.
- Im Bereich der **Landwirtschaft** haben wir Kürzungen gegenüber dem Vorjahr begrenzt. Auch hier konnten wir durch eine Verwendung der Offshore Versteigerungseinnahmen die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz gegenüber der ursprünglichen Planung noch einmal erhöhen. Bei der Finanzierung der Weiterentwicklung der Tierhaltung konnten Kürzungen verhindert werden, und auch die ländlichen Räume werden über die GAK wie bislang und in gleicher Höhe gefördert.

Ein Wachstumspaket – für Wirtschaft und Arbeit, Investitionen und Energie

Die Bundesregierung hat heute zudem ein Paket zur Stärkung der deutschen Wirtschaft vorgelegt. Es enthält einige starke Elemente, um das **Wachstum zu erhöhen** und so den sich abzeichnenden Aufschwung zu verstärken. Aber das Hauptziel des Paketes geht tiefer: **Wir verbessern die strukturellen Rahmenbedingungen**, damit Unternehmen hier erfolgreich sein können. So sichern wir langfristig Wohlstand, Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in Deutschland. Damit schaffen wir auch wichtige Voraussetzungen dafür, dass der Übergang zur Klimaneutralität gelingen kann.

Die deutsche Wirtschaft leidet unter immer größeren strukturellen Problemen, die seit Jahren bekannt sind, aber nicht angegangen wurden: **Fachkräftemangel und demographischer**

Wandel, niedriges Produktivitätswachstum, zu viel Bürokratie, hohe Energiepreise. Dazu kommt die große Herausforderung des Umbaus zur Klimaneutralität und die Digitalisierung.

Wir sind in den ersten zweieinhalb Jahren unserer Regierungszeit viele dieser Dinge angegangen und haben etwa beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung, bei Industrieansiedlungen und Fachkräfteeinwanderung entscheidende Fortschritte gemacht – und das, obwohl der russische Angriff auf die Ukraine die wirtschaftliche Lage Deutschlands noch erheblich verschlechterte. Und trotzdem brauchte es jetzt noch einmal eine gemeinsame Kraftanstrengung für ein großes Paket, das die deutsche Wirtschaft auf einen neuen Wachstumspfad hebt und ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidend stärkt. Dieses Paket hat die Bundesregierung heute vorgelegt.

Das Wachstumspaket ist **ein hart erarbeiteter, aber guter Kompromiss**, in dem sich alle Koalitionspartner wiederfinden.

(1) Wir **stärken die Anreize für alle, freiwillig so lange und so viel wie möglich zu arbeiten und sich einzubringen**, ohne die Errungenschaften unseres Sozialstaats in Frage zu stellen.

(2) Wir **bauen unnötige Bürokratie so konsequent ab, wie keine Bundesregierung zuvor**, ohne Schutzstandards abzusenken.

(3) Wir **stärken private und öffentliche Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit und die Transformation zur Klimaneutralität**.

(4) Wir **halten Kurs beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und bauen unseren Förderrahmen gleichzeitig so um, dass er auch mittel- und langfristig noch funktioniert**.

(5) Kurzum wir **erhöhen das Potentialwachstum unserer Wirtschaft, ohne die ökologische Transformation zu schwächen oder soziale Ungleichheit zu vergrößern**.

Das Wachstumspaket wird bereits im nächsten Jahr für gut 0,5 Prozentpunkte höheres Wachstum sorgen, wenn wir es zügig beschließen. Über die nächsten vier Jahre summiert sich das Plus auf 1,6 Prozent des BIP. Dazu kommt die langfristige Wirkung, die wir noch gar nicht in den Zahlen sehen, die sich aber über die Jahre verstärken wird: Das Paket verbessert strukturell und dauerhaft an entscheidenden Stellen die Bedingungen für unsere Unternehmen, vom Handwerksbetrieb über den Mittelstand bis zu den Großunternehmen.

(1) Mehr Arbeit und Leistungsgerechtigkeit

Die Lage ist heute eine völlig andere als vor 20 Jahren. Zu Zeiten der Agenda 2010 war das größte Problem die grassierende Arbeitslosigkeit – heute leiden die Unternehmen darunter, dass sie zu tausenden ihre Stellen nicht besetzt bekommen. Das Wachstumspaket legt deshalb einen großen Schwerpunkt darauf, wie wir mehr Menschen ermöglichen und davon überzeugen, freiwillig mehr und länger zu arbeiten. Es ist kein Programm das die Gesellschaft auseinanderreibt, das die Armen ärmer und die Reichen reicher macht – es schafft Anreize

für alle, sich so viel wie möglich einzubringen, und stärkt so die Mitte und den Zusammenhalt in unserem Land. Dabei geht es uns auch um die Stärkung der Gerechtigkeit für all jene, die in unserem Land anpacken oder bereits viel geleistet haben.

Dabei haben wir uns auf ein großes Maßnahmenbündel geeinigt:

- **Wir stärken die Anreize, im Alter freiwillig länger zu arbeiten:** Wir machen es Arbeitnehmern und Arbeitgebern sehr viel leichter, im Rentenalter befristete Verträge zu schließen und so unkompliziert ein paar Jahre länger zu arbeiten, wenn sie das möchten. Außerdem machen wir Arbeit im Alter auch finanziell attraktiver: Bisher zahlen Arbeitgeber weiter Beiträge an die Arbeitslosen- und Rentenversicherung, selbst wenn ihre Beschäftigten parallel eine Rente beziehen. Diese Beiträge werden in Zukunft direkt an die Beschäftigten ausbezahlt, die dann deutlich mehr in der Tasche haben: Bei einem Durchschnittslohn sind das jeden Monat etwa 250 Euro mehr netto. Mit der Rententauschubprämie schaffen wir außerdem eine neue Wahlmöglichkeit, für längeres Arbeiten einen größeren Aufschlag zu bekommen.
- **Wir machen es attraktiver für alle Menschen, länger und mehr zu arbeiten:** Überstunden werden steuerlich begünstigt. Gleichzeitig schaffen wir Anreize, damit Arbeitgeber ihren Beschäftigten eine Prämie zahlen, wenn sie ihre Arbeitszeit ausweiten. Mit dem Ende der Steuerklassen III und V, machen wir es gerade für Frauen in Teilzeit attraktiver, mehr zu arbeiten. Außerdem stellen wir zwei Milliarden Euro zusätzlich für bessere Kinderbetreuung bereit.
- Mit einer Anschubfinanzierung schaffen wir einen starken positiven Anreiz für Langzeitarbeitslose im **Bürgergeld**, eine Arbeit aufzunehmen und damit das Bürgergeld hinter sich zu lassen: Im ersten Jahr dürfen sie so nun deutlich mehr von ihrem Verdienst behalten. So bauen wir eine starke Brücke zurück in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig haben wir erkannt, dass einige der Änderungen das System so kompliziert gemacht haben, dass es vor Ort kaum noch handhabbar war. Insbesondere führte die Sanktionsleiter von 10%, 20%, 30% in der Praxis dazu, dass die höheren Stufen selbst bei erheblichen wiederholten Pflichtverletzungen nicht genutzt werden konnten. Wie vor dem Sanktionsmoratorium ermöglichen wir deshalb künftig wieder direkt Sanktionen von 30%. So geben wir den Jobcentern vor Ort die Möglichkeit an die Hand, Pflichtverletzungen einheitlich und früher deutlich zu sanktionieren um so klare Anreize zur Arbeitsaufnahme zu setzen. Auch Schwarzarbeit im Bürgergeld bekämpfen wir aktiver. Dabei bleiben aber die erfolgreichen Elemente der Bürgergeldreform, wie etwa die Höhe des Schonvermögens, unangetastet.

Schließlich werden wir auch den **Zugang unserer Unternehmen zu Fachkräften verbessern und die Einwanderung von Arbeitskräften weiter erleichtern**. Wir schaffen eine ganze Reihe von bürokratischen Hürden für Unternehmen ab, wenn sie ausländische Fachkräfte einstellen wollen, etwa indem wir die Westbalkanregel ausweiten und unter klaren Kriterien zum Schutz

vor Lohndumping auch die Zuwanderung in die Leiharbeit ermöglichen. Wir stärken die Anreize für Fachkräfte, nach Deutschland zu kommen, indem wir sie in den ersten drei Jahren nach der Ankunft steuerlich entlasten und so langfristig an Deutschland binden. Gleichzeitig machen wir es Geflüchteten leichter, hier zu arbeiten und so frühzeitig auf eigenen Füßen zu stehen: Wir schaffen eine neue Genehmigungsfiktion bei der Arbeitserlaubnis. Wenn die Ausländerbehörde innerhalb von zwei Wochen nicht anders entscheidet, gilt die Arbeitserlaubnis als erteilt.

(2) Weniger Bürokratie

Über die letzten Jahrzehnte hat sich für die deutsche Wirtschaft eine größere Bürokratielast aufgebaut. Dabei haben viele Regelungen für sich genommen ihre Berechtigung, aber sind in der Masse zu einem echten Hemmnis für Wachstum und Innovation geworden. Deshalb gilt es nun, unnötige Bürokratie abzubauen, ohne dabei Schutzstandards abzusenken oder Rechtssicherheit zu gefährden. Dies gehen wir im Wachstumspaket mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen an:

- **Wir schaffen für den Bürokratieabbau in der Bundesregierung eine zweite Säule:** Mit den verbindlichen Praxischecks für alle Ressorts machen wir eine im BMWK entwickelte und erstmals erfolgreich angewandte neue Methode zur gezielten Erkennung und Beseitigung bürokratischer Hürden zum Standard für die gesamte Bundesregierung. Alle Ressorts verantworten die Ergebnisse ihrer Praxischecks selbst. Sie bilden künftig die Basis für ein jährliches Bürokratieentlastungsgesetz, das künftig jedes Jahr die Gesamtbelastung durch Bürokratie abgesenkt. Und mit einem neuen Bürokratieentlastungsportal wird es für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger deutlich einfacher, auf unnötige Bürokratie hinzuweisen und Änderungen zu erreichen.
- **Wir werden die europäische Lieferkettenrichtlinie noch in dieser Legislaturperiode so bürokratiearm wie möglich umsetzen. Damit entlasten wir gerade kleine und mittlere Unternehmen von überschießender Bürokratie und sorgen gleichzeitig dafür, dass für deutsche Unternehmen derselbe klare und harte Standard bei der Überprüfung ihrer Lieferketten gilt, wie für ihre europäischen Mitbewerber.** Wie in der europäischen Richtlinie vorgesehen, werden die Sorgfaltspflichten zeitlich gestaffelt verbindlich – für die Großen zuerst, für die Kleineren später. Zusätzlich passen wir Berichtspflichten an den europäischen Standard an und werden im Übergang Unternehmen nicht sanktionieren, die der Berichtspflicht nicht nachkommen. Damit ist uns ein guter Kompromiss gelungen, der Rechtssicherheit schafft, für eine effektive Überprüfung der Lieferketten sorgen wird und gleichzeitig die deutschen Unternehmen vor unfairer Belastung schützt. Zudem sichert die zügige Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie noch in dieser Legislaturperiode die effektive

Umsetzung der Reform mit ihren strengeren Standards für besonders große Unternehmen europäisch ab. Gleichzeitig werden insbesondere mittelständische deutsche Unternehmen von überschießenden nationalen Regeln entlastet.

- Mit einer **Reihe von weiteren Maßnahmen** begrenzen wir unnötige Bürokratie: Beim Datenschutz, indem wir etwa die Schwelle für einen obligatorischen Datenschutzbeauftragten anheben und so gerade für kleine Unternehmen echte Entlastung schaffen. Bei der Entfesselung der Kreislaufwirtschaft, wo wir den Unternehmen einen klaren und einfachen Rahmen schaffen. Oder bei der Exportkontrolle, wo wir mit mehr Personal und vereinfachten Verfahren der exportstarken deutschen Wirtschaft, gerade dem Mittelstand, den Exportprozess deutlich erleichtern.

(3) Bessere Rahmenbedingungen für Investitionen

Die Erneuerung unserer Industrie und unserer Infrastruktur setzt im nächsten Jahrzehnt massive private wie öffentliche Investitionen voraus. Doch gerade für die privaten Investitionen ist das Umfeld in den letzten Jahren schlechter geworden. Gleichzeitig stellt der Umbau auf klimaneutrale Produkte und Prozesse gerade Schlüsselindustrien wie die Automobilindustrie vor große Herausforderungen, während wir den Hochlauf der E-Mobilität weiter vorantreiben müssen. Deshalb verbessern wir mit diesem Paket die Rahmenbedingungen für Investitionen für alle Unternehmen und stärken gezielt die Sektoren, die gerade besonders unter Wettbewerbsdruck stehen:

- Wir **verbessern die Abschreibungsbedingungen** für die Unternehmen weiter, indem wir die degressive AfA bis 2028 verlängern und den Satz von 20% auf 25% anheben. Außerdem weiten wir die Forschungszulage weiter aus.
- Die **KfW wird ihren Spielraum für die Unterstützung gerade der mittelständischen Wirtschaft noch stärker ausnutzen**, indem sie etwa verstärkt auf zinsverbilligte Kredite setzt und über sie Bundesgarantien für die Ausweitung von Produktionskapazitäten bereitgestellt werden. Außerdem richten wir dort einen Eigenkapital-Transformationsfonds ein, der einen besonderen Fokus auf Mittelstand und Handwerk legt.
- Den Hochlauf der Elektromobilität treiben wir weiter voran und werden dafür eine **Sonderabschreibung für gewerblich genutzte E-Fahrzeuge** einführen, so dass Unternehmen einen stärkeren Anreiz haben, ihren Fuhrpark auf E-Mobilität umzustellen.
- Wir bringen die Diskussion über eine neue Rechtsform für **Unternehmen mit gebundenem Vermögen** schnell ins Parlament, sodass noch diese Legislaturperiode eine gute Lösung beschlossen werden kann.

- Wir stärken außerdem gezielt den Finanzstandort, um privates Kapital für die Transformation zu mobilisieren und für die Erneuerung unserer Wirtschaft zu nutzen und die Finanzierung innovativer Unternehmen zu stärken. Dazu gehören unter anderem bessere Rahmenbedingungen für **Wagniskapitalinvestitionen, eine ambitionierte europäische Kapitalmarktunion und eine Beschleunigung des Zukunftsfonds.**

(4) Sichere, saubere und bezahlbare Energie

Ein dynamischer Wirtschaftsstandort braucht **sichere, saubere und bezahlbare Energie**. Die Bundesregierung hat sich in dieser Legislaturperiode deshalb bereits auf eine massive Beschleunigung der Energiewende verständigt und die Erfolge sind sichtbar. Die Strompreise konnten wir auf Vorkriegsniveau senken und Wirtschaft und Verbraucher von Steuern und Umlagen entlasten. Mit diesem Paket bleiben wir auf Kurs und stellen uns trotzdem den Herausforderungen, die noch vor uns liegen: Die Wirtschaft braucht schneller große Mengen an günstiger erneuerbarer Energie, noch mehr Akteure sollen von günstigen Strompreisen bei viel Wind und Sonne profitieren, die Netzkosten sollen gesenkt, die Netzentgelte stabilisiert, Wasserstoffinfrastruktur aufgebaut werden. Für all das legt die Bundesregierung nun Maßnahmen vor:

- Die deutsche Wirtschaft ist auf bezahlbare Strompreise angewiesen – umso mehr, weil viele Prozesse elektrifiziert und auf klimaneutrale Prozesse umgestellt werden müssen. Wir entlasten die deutsche Wirtschaft, indem wir das im November beschlossene **Strompreispaket verstetigen und ausweiten**. Wir senken die Stromsteuer für die jetzt Begünstigten dauerhaft auf das EU-Minimum und wir verlängern die Strompreiskompensation bis 2030.
- Die Erneuerbaren müssen weiter mit voller Kraft ausgebaut werden. Dabei wollen wir weiter sichern, dass der Ausbau der Erneuerbaren überwiegend in der Hand mittelständischer Unternehmen, Landwirten und Hausbesitzern liegt. Damit das gelingt, braucht es einen **zukunftsfähigen, verlässlichen und kosteneffizienten Investitionsrahmen, der Planungssicherheit schafft und kontinuierlich den weiteren Ausbau sicherstellt**. Im Paket wird die Festlegung aus dem Koalitionsvertrag noch einmal wiederholt, dass wir mit dem Ende der Kohleverstromung die Förderung der Erneuerbaren auslaufen lassen. Neu ist, dass wir die bisherige Förderung der Erneuerbaren Energien schrittweise in einen Kapazitätsmechanismus verankern wollen. Diese und andere Instrumente wollen wir nun zunächst im Rahmen eines Reallabors testen. Wir wollen dort fördern, wo es nötig ist. Wir werden deshalb kurzfristig die Förderung von größeren Anlagen bei negativen Preisen für Neuanlagen ab dem 1.1.2025 aussetzen und die Schwelle, ab der die Erneuerbaren Energien ihren Strom selbst vermarkten, senken. Wir werden außerdem die bisherigen

Ausschreibungsrunden für Offshore Windenergie evaluieren, um zu prüfen, ob hier Verbesserungen mit Blick auf Effizienz und Effektivität möglich sind.

- Wir stellen sicher, dass die Stromversorgung auch mit hohen Anteilen Erneuerbarer Energien dauerhaft sicher ist. Dafür bringen wir den vereinbarten Kapazitätsmechanismus zügig voran, damit er 2028 operativ ist. Damit wir schon jetzt die Arbeit an einem sicheren Stromsystem für morgen aufnehmen, werden wir spätestens Anfang nächsten Jahres die erste Ausschreibung für insgesamt 5 Gigawatt an neuen H2-ready-Gaskraftwerken und 2 GW an umfassenden H2-ready-Modernisierungen durchführen. Daneben werden noch einmal 5 Gigawatt neuer Gaskraftwerke ausschreiben. Insgesamt werden wir damit mit den 500 MW Wasserstoffsprinterkraftwerken die Errichtung von 12,5 GW Kraftwerkskapazität absichern.
- Der Umbau und Erhalt unseres Stromsystems haben Kosten, die nicht zu Überlastungen der Stromkundinnen und -kunden oder der Wirtschaft führen dürfen. Es ist daher zentral, dass wir die **Netzkosten senken und die Netzentgelte stabilisieren**. Zu den hierfür vereinbarten Maßnahmen gehört die Einführung zeitvariabler Netzentgelte für systemdienliche Netznutzung und die Prüfung eines Amortisationskontos: So könnten wir die Netzentgelte auf einem niedrigen Niveau stabilisieren, indem wir die Lasten des Netzausbaus über die nächsten Jahre strecken. Um auch die Kosten des Netzausbaus zu senken, wollen wir in Abstimmung mit den Übertragungsnetzbetreibern und der Bundesnetzagentur die im Netzentwicklungsplan bestätigten Maßnahmen staffeln.